

**Betreff:**

Anträge des IPZV Landesverbandes Rheinland e. V.

Hallo,

da wir uns nicht ganz sicher sind, an wen wir unseren Antrag bzw. unsere Anträge genau richten müssen, erhaltet Ihr diese Mail alle, mit der Bitte entsprechend zuständigkeitshalber zu verfahren.

**Namens und im Auftrag des IPZV Landesverband Rheinland e. V. werden folgende Anträge gestellt:**

**1. Der Beschluss zur Herpesimpfpflicht, der für das Jahr 2023 ausgesetzt wurde und somit ab 2024 Gültigkeit haben wird, ist wieder aufzuheben.**

***Begründung:***

- a. Als Begründung zum seinerzeitigen Beschluss wurde vom Präsidium dargestellt, dass die Vorschriften der LPO auch für den IPZV als Anschlussverband gelten und damit die Herpesimpfpflicht für den Bereich des IPZV umzusetzen ist. Wie bereits mehrfach dargelegt, sind wir der Auffassung, dass dies nicht zutrifft, da es keine entsprechende Vereinbarung zur Übernahme der LPO für den Islandpferdebereich gibt. Sollte in einer Vereinbarung explizit aufgeführt sein, dass die Vorschriften der LPO Anwendung finden, bitten wir, uns diese vorzulegen.
- b. Zudem ist an vielen Beispielen feststellbar, dass die LPO eindeutig auf den „FN-Pferdesport“ ausgerichtet ist; wir haben in unseren Allgemeinen Bestimmungen der IPO alles speziell für uns geregelt.
- c. Die Bindung an die FN ist für uns völlig unsinnig, da
  1. Dinge, die wir nicht geregelt haben, aus gutem Grund nicht geregelt sind, z. B. weil es nicht erforderlich ist (Geldpreise).
  2. Dinge, die bei uns spezifisch geregelt sind, können dann logischerweise auch nicht durch die LPO außer Kraft gesetzt werden, z. B. Impfregelung, Altersregelung.
- d. Die Experten sind sich teilweise nicht einig, ob eine Herpesimpfpflicht für den Bereich der Islandpferde sinnvoll und notwendig ist. Gerade in unserem Landesverband gibt es relativ viele kleine Betriebe, die für die untergebrachten Pferde keine Herpesimpfpflicht anordnen. Sollten die Turnierpferde jetzt einer Herpesimpfpflicht unterzogen werden, wäre das für den gesamten Impfschutz der Pferde des Betriebes nicht unbedingt förderlich. Daher sind wir der Auffassung, dass keine Herpesimpfpflicht bestehen sollte.

***Anmerkung: Derzeit ist der Beschluss über die Herpesimpfpflicht (und die Aussetzung für 2023) nicht in die IPO übernommen worden. Dies ist sehr verwirrend, da die Reiter die für sie einzuhaltenden Vorschrift nicht wirklich einsehen können.***

**2. Sollte die Herpesimpflicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufgehoben werden, wäre alternativ die Durchsetzung für ein weiteres Jahr (2024) auszusetzen.**

**Begründung:**

- a. So bleibt ausreichend Zeit, die notwendigen Klärungen mit der FN vorzunehmen. Wir bitten um Vorlage der Stellungnahme des vom IPZV beauftragten Fachanwalts. Sollten weitere Stellungnahmen vorliegen, erbitten wir auch diese, damit wir die Argumente hieraus entsprechend auswerten können.
- b. Die Islandpferdereiter können so für sich die Planungen für 2024 frühzeitig angehen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Turniere im kommenden Jahr schon sehr früh angesetzt sind, brauchen die Reiter kurzfristig Planungssicherheit.

**3. Aufnahme einer Unterteilung der IPZV-Veranstaltungen in nationale und internationale Veranstaltungen mit entsprechender Definition der Begriffe im § 5 der Allgemeinen Bestimmungen der IPO.**

**Begründung:**

- a. Hierdurch kann ein Veranstalter entscheiden, ob die Veranstaltung u. U. der LPO der FN (wenn die FN auf die Durchsetzung besteht) oder der FEI (internationale Veranstaltungen mit anderen Regelungen) untersteht.
- b. Als nationale Veranstaltung gilt eine Veranstaltung dann, wenn die Teilnehmer in Deutschland wohnen.
- c. Als internationale Veranstaltung gilt eine Veranstaltung dann, wenn Teilnehmern, die im Ausland wohnen, die Teilnahme erlaubt ist; unabhängig vom WR-Status.
- d. Die Art der Veranstaltung muss in der jeweiligen Ausschreibung gekennzeichnet sein. So kann der Teilnehmer erkennen, welche Regelungen greifen (u. U. LPO, FEI, IPO usw.)
- e. Für die beiden Veranstaltungsarten können alle Veranstaltungen nach § 5 (5.1 bis 5.8) ausgeschrieben werden.

Sollte für die vorstehenden Anträge eine entsprechende Form vorgeschrieben sein, bitte ich um entsprechende Mitteilung. Wir erwarten eine Beratung und Beschlussfassung in den kommenden Sitzungen der Fachausschüsse, des Präsidiums und des Länderrates, damit eine Wirksamkeit zum 01.01.2024 gegeben ist.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Poensgen

Vorsitzende IPZV Landesverband Rheinland e. V.

Steinfelder Straße 91

53947 Nettersheim

Telefon: 02486-1846

E-Mail: [vorsitzender@ipzv-rheinland.net](mailto:vorsitzender@ipzv-rheinland.net)